

Virusinfektion oder entfesselte Kriminalität?

Wie die Banken nach der Immobilien-Spekulation auf Kosten der Gemeinschaft gerettet werden

Werner Rügemer

Als im Sommer des Jahres 2007 immer mehr US-amerikanische Häusle-käufer ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten, drohte daraus eine Weltfinanzkrise zu werden. Es hieß, eine „Virusinfektion“ breite sich im Weltfinanzsystem aus, sie sei so gefährlich, dass die Regierungen einschreiten und insolvenzbedrohte Banken retten müssten. Wie aber können Kleinkredite von Häuslebauern in einem entfernten Staat solche Wirkungen ausüben? Und steckt hinter der globalen „Virusinfektion“ möglicherweise eine normal gewordene, staatlich geförderte Kriminalität?

Auch sie alle hatten die Katastrophe nicht kommen sehen: Sie, die absoluten Profis, die Spitzen des privaten und staatlichen Finanzsystems in Deutschland, hatten sich Anfang August 2007 in aller Eile zusammen-telefoniert. Sie versammelten sich im Sitzungssaal einer Bank in Düsseldorf, deren Namen das Publikum meist noch nie gehört hatte: IKB.

Die Abkürzung IKB steht für Industrie-Kreditbank. Jochen Sanio fand sich ein, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), Ingrid Matthäus-Maier, Direktorin der deutschen Staatsbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), dazu ein Abteilungsleiter des Bundesfinanzministeriums. Einige wichtige Personen konnten sich wegen der Eile nur per Fernschaltung beteiligen, so der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Bundesbankpräsident Axel Weber, Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Sparkassenpräsident Heinrich Haasis und der Chef der Commerzbank, Klaus-Peter Müller.

Sie alle sollen sehr nervös gewesen sein, sollen sich allerdings gleichzeitig „sehr gelassen“ gezeigt haben.¹⁾

Kreditverträge von US-Häuslebauern als globales Spekulationsprodukt?

Was war geschehen? Waren deutsche mittelständische Unternehmen, die mit Krediten auszustatten als Aufgabe der IKB gilt, plötzlich haufenweise in Insolvenz geraten? Nein, nichts dergleichen. Es war die Deutsche Bank, die Alarm geschlagen hatte: Sie kündigte die Kredite, die sie zwei „Investmentvehikeln“ der IKB gegeben hatte. Die Investmentvehikel heißen „Rhineland Funding“ und „Rhinebridge“ und haben ihren Sitz im US-Bundesstaat Delaware.

Die Namen „Rhineland“ und „Rhinebridge“ haben offensichtlich damit zu tun, dass die IKB mit Zentrale in Düsseldorf am urdeutschen Fluss Rhein liegt. Aber eine Erklärung, wofür die IKB etwa 20 Milliarden Euro in diesen „Investmentvehikeln“ mithilfe der Kredite der Deutschen Bank und anderer Banken investiert hatte, ergab das auch nicht.

Die Investments hatten weder etwas mit Deutschland noch dem Mittelstand noch mit dem Rhein und dem Rheinland zu tun. Und was sind überhaupt Investmentvehikel, fragte sich das deutsche Publikum, soweit es, von dem jahrelangen Globalisierungsgerede abgestumpft und desorientiert, überhaupt zu Fragen in der Lage war.

Die Lage war sehr ernst.

Darüber waren sich die im IKB-Sitzungssaal Versammelten einig. Der oberste staatliche Bankenaufseher Sanio hatte zuvor die Schreckenswarnung verbreitet, es drohe die größte Bankenkrise seit der verheerenden Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Auch wenn es nicht ganz so schlimm kommen würde, der „Bankenplatz Deutschland“ jeden-

falls sei gefährdet, so die einhellige Meinung.

So einigten sich die Krisenmanager sehr schnell auf die aufwendigste Banken-Rettung, die in der Geschichte der Bundesrepublik je organisiert worden ist. Sie ist nur vergleichbar mit der Aktion, mit der 1931 das Deutsche Reich die Dresdner Bank vor dem Ruin gerettet hatte. Die KfW, mit 38 Prozent größter Eigentümer der IKB, und die anderen Eigentümer und Kreditgeber einigten sich auf eine Stützung in Höhe von zunächst 17,3 Mrd. Euro. Das ganze Ausmaß der ungedeckten Risiken der IKB-Spekulationen ist noch nicht bekannt.

In den Folgetagen erwies sich, dass von den deutschen Finanzinstituten auch die sächsische Landesbank, die SachsenLB, und die WestLB und die BayernLB, die HSH Nordbank, die Postbank, die Commerzbank usw. solche Spekulationen gemacht hatten. So hatte die Sachsen LB ihre drei „Investmentvehikel“ namens Ormond Quay, Georges Quay und Sachsen Funding nicht in der US-Finanz-oase Delaware angesiedelt, sondern in einer anderen Finanzoase, im irischen Dublin.²⁾ Selbstverständlich waren nicht nur deutsche Banken beteiligt: auch die Bank of China, die britische Barclays Bank und Hedgefonds usw. haben mit US-„subprimes“ spekuliert. Die Europäische Zentralbank half den bedrohten Finanzjongleuren wie der Deutschen Bank mit verbilligten Krediten von bisher über 250 Mrd. Euro, die US-Notenbank vergab allein an die Citigroup und die Bank of America 25 Mrd. US-Dollar.

IKB, SachsenLB, Helaba, WestLB, BayernLB, Postbank usw. hatten mithilfe von Wirtschaftsprüfern „Security Investment Vehicles“ (SIV) gegründet, die in irgendeiner der

heute zahlreichen Finanzoasen ihren Sitz haben, in Delaware, in Dublin, Hongkong oder sonstwo. Mithilfe der SIVs wollten die Banken und Hedgefonds diesmal nicht von der „new economy“ der 90er Jahre profitieren, denn diese Blase der neoliberalen Ökonomie war 2001 geplatzt. Sie wollten von einer neuen Blase der neoliberalen Ökonomie profitieren, die natürlich ebenso wie die vorherige im Vorbildland der westlichen Wertegemeinschaft ihren Ausgang genommen hatte: dem Immobilien-Boom in den USA.

Außerbilanzielle Briefkassenfirmen

Dieser Boom wurde folgendermaßen hochgepuscht: Immobilien wurden nach dem Platzen der „New economy“-Blase als etwas ganz Sicheres ausgegeben. Immobilien sind etwas Greifbares, ein wirklicher, bodenständiger Wert, nicht so flüchtig wie die virtuellen Produkte der digitalen „new economy“.

Wer hier investiert, ist auf der sicheren Seite. Millionen von US-Amerikanern liehen sich Geld, um ihren Traum vom eigenen Haus mit Garten und Doppelgarage wahr zu machen. Das bißchen Wirtschaftsaufschwung ließ sich mit Hilfe von Gottes Segen und gefälschten Statistiken zu einem diesmal gewiß dauerhaften Aufschwung mit vielen neuen Arbeitsplätzen und dauerhaft steigenden Löhnen hochstilisieren.

Die Hypothekenbanken vergaben Billigkredite, bei denen die anfangs niedrigen Zinsen die Augen blendeten und blind machten für die nach wenigen Jahren schon steil ansteigenden Zinsen. Außerdem wurden viele Kredite mit variablen Zinsen vergeben. Oft wurden nicht einmal Einkommensnachweise gefordert. Beliebte waren etwa „2-28-Kredite“: Dabei sind die Zinsen in den ersten zwei Jahren besonders niedrig, um danach schnell anzusteigen.³⁾

Dass es sich eigentlich um Betrug handelt, war vielen Amerikanern durchaus bewusst: „Liar-loans“ wurden solche Kredite genannt, Lügen-Kredite. Die hohen Mieten in den USA taten ein übriges: bei den niedrigen Zinsen war es billiger, in einem auf Kredit bezahlten Haus zu wohnen als die üblichen Mieten zu zahlen.

Millionen Amerikaner wollten gar nicht wirklich einmal Eigentümer des Hauses werden, das sie gekauft hatten.

Die trügerischen und betrügerischen Kredite waren in den USA ein eigener Geschäftszweig, der gezielt aufgebaut wurde, „subprime“ genannt: Kredite mit Bonität zweiter Klasse. So wuchs der US-Immobilienmarkt von 2002 bis 2006 um jährlich etwa 15 Prozent. Das konnte man als lang anhaltenden Boom darstellen. Der Gesamtbetrag der „subprime“-Kredite wird auf gegenwärtig 1,5 Billionen US-Dollar geschätzt.⁴⁾ Sie sind aber nur die Basis des Geschäfts, nicht das eigentliche Geschäft.

Dies bestand darin, die minderwertigen Kredite, mit deren ordentlicher Rückzahlung in der Mehrheit gar nicht unbedingt gerechnet wurde, in ein besonderes Finanzprodukt zu verwandeln. Die Hypothekenbanken bündelten zehntausende solcher „subprimes“ zu forderungsbesicherten Wertpapieren“ und verkauften sie mit einem gewissen Risikoabschlag an Anleger, an Spekulanten, an Vermittler, an Hedgefonds, an die IKB, an die SachsenLB.

Damit die IKB, die SachsenLB usw. die Milliardenbeträge für diese Käufe aufbringen konnten, hatten sie vor allem zwei Möglichkeiten: erstens Kredite aufnehmen, die bekamen sie von ebenso gewinngeilen Banken wie der Deutschen Bank und von US-Banken wie Merrill Lynch und J.P. Morgan. Die zweite Möglichkeit war, kurzlaufende Anleihen (30 bis 90 Tage) auszugeben, sogenannte „Commercial Papers“.

Wenn der Boom im neoliberalen Paradies der unbegrenzten kapitalistischen Möglichkeiten weitergehen würde, würden die Gewinne enorm sein.

Wieso merkten die staatlichen und die privaten Kontrolleure in den Aufsichtsräten der IKB, der SachsenLB, der Deutschen Bank usw. nichts von diesen Geschäften und ihren Risiken? Vermutlich, so heißt es nun, erfuhren sie gar nichts davon. Vermutlich wollten sie nichts davon wissen.

Vermutlich unterstützten sie alles, was die Gewinne ihrer Banken mehreren sollte. Die Deutsche Bank, die Commerzbank usw. spekulierten

ebenfalls auf die Gewinne aus ihren Milliardenkrediten.

Die Security Investment Vehicles sind ein heute weit verbreitetes Finanzinstrument, eine Sonderform der „Special Purpose Vehicles“ (SPV), zu deutsch „Zweckgesellschaften“ oder „Gesellschaften für besondere Zwecke“.⁵⁾ Sie waren typisch für die „new economy“. Das sind Briefkastenfirmen, in die „besondere Zwecke“ ausgelagert werden.

Das Erfolgs- und Pleiteunternehmen Enron etwa (vgl. den Artikel von Malcolm Gladwell in diesem Heft) hatte 6.000 solcher Briefkästen. Diese vom Wirtschaftsprüfer Arthur Andersen eingerichteten „Unternehmen“ wurden unter Phantasienamen ins Handelsregister eingetragen und gaben bei der Enron-Zentrale große Bestellungen zukünftiger Stromkäufe auf. Dass das fiktive Käufe waren, merkte „niemand“, denn die SPVs sind „außerbilanziell“. Sie tauchen in der Bilanz nicht auf.

Die „new economy“ ging unter, aber das Instrument der „außerbilanziellen“ Briefkästen blieb.⁶⁾ So gründeten die IKB, die SachsenLB usw. ihre Security Investment Vehicles. Das „Security“ bedeutet „forderungsbesichert“. Diese Art Investition sollte durch die zugrundeliegenden Kreditverträge und die Immobilien „gesichert“ sein. Wie sich zeigt, handelt es sich um eine trügerische Sicherheit.

„Renommierter“ Wirtschaftsprüfer wie KPMG und Price Waterhouse Coopers segneten diese Finanzinstrumente ab, „renommierte“ Banken gaben ihnen Kredite, „renommierte“ Ratingagenturen wie Moodys, Fitch und Standard & Poor's bescheinigten ihnen bis zuletzt hohe Bonität. In Deutschland kannte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) die Praktiken seit Jahren.⁷⁾ So kauften die SIVs gebündelte US-„subprimes“, und zwar in solchen Mengen, die das Eigenkapital ihrer Mutterbanken um ein Vielfaches überschritten – und „keiner merkte es“. In Wirklichkeit wussten es alle: Kreditgeber, Bankenaufseher, Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, die US-Notenbank, Wirtschaftsprüfer, Ratingagenturen, Bankenvorstände.

Die Technik der „Verbriefung“: gezielte Enteignung

Nicht nur Kleinkredite – seriöse wie unseriöse - von Häuslekäufern werden heute in Finanzprodukte verwandelt. „Besicherte Wertpapiere“, „Risiken verbrieft“ - das ist seit etwa einem Jahrzehnt eine verbreitete Finanztechnik. Alles, was regelmäßige Einnahmen verschafft bzw. verschaffen soll, also Mietverträge, Konsumentenkredite für Möbel, Autodarlehen, Kreditkartendarlehen, aber auch beispielsweise die „zu erwartenden“ zukünftigen Ticketeinnahmen von Fußballstadien werden heute „verbrieft“, als Finanzprodukte verkauft und als spekulative Wertpapiere weiterverkauft.

Der Wert der Möbel, Häuser, Autos, Fußballstadien wird geschätzt und was sie im Fall einer Zwangsversteigerung bringen. So werden die Risiken von Ratingagenturen abgeschätzt, die Finanzprodukte in verschiedene Risikoklassen eingeteilt, danach ihr Preis gestaltet.

Diese Technik greift längst auf öffentliches Vermögen und öffentliche Dienstleistungen über. Wenn heute private Investoren kommunale Wasserwerke kaufen, können sie die „erwarteten Einnahmen“ der nächsten zwei oder drei Jahrzehnte an Banken verkaufen, die daraus „besicherte Wertpapiere“ machen und weiterverkaufen. Dasselbe gilt etwa auch für Verträge nach dem Muster von „Public Private Partnership“ (PPP). Überschuldete Kommunen schließen mit privaten Investoren langlaufende Mietverträge. Dafür errichten oder sanieren und betreiben die Investoren 20 bis 30 Jahre lang Schulen, Rathäuser, Gemeindezentren, Sporthallen, Philharmonien. Die Investoren verkaufen die Mietforderungen der gesamten Laufzeit am ersten Tag an Banken, die öffentliche Hand muss die Mieten fortan nicht mehr an den Investor zahlen, sondern an die Bank. Die öffentliche Hand verzichtet dabei auf ihre Rechte als Mieter, bei minderer Leistung des Investors darf sie die Miete nicht kürzen.

„Forfaitierung mit Einredeverzicht“ heißt das in der Branche. Die Öffentlichkeit und die Stadträte werden darüber nicht wirklich informiert. Die Risiken einschließlich der möglichen Insolvenz des Investors gehen dabei

im wesentlichen auf die öffentliche Hand über.⁸⁾ Im Falle der durchaus möglichen Zahlungsunfähigkeit der Kommunen in den nächsten Jahrzehnten wird hier darauf spekuliert, dass dann der Gesamtstaat einspringt – wie jetzt bei den faulen US-Immobilienkrediten.

Business and State Crime

Die Überraschung der in der IKB Anfang August 2007 Versammelten mag zum Teil gespielt gewesen sein, denn die Herren und auch die langsam zunehmende Zahl der Damen der Finanzwelt haben in ihrer verantwortungslosen Profit- und Machtgier gewiß nicht den immer behaupteten Überblick über das, was sie anrichten und genehmigen.

Aber die Logik der Finanzinstrumente, die sie selbst entwickelt oder gesetzlich abgesegnet haben, läuft auf die periodische Produktion von „Blasen“ hinaus. Durch Enteignungen von Häuslekäufern und Kommunen, durch Rückgriffe in die staatlichen Steuereinkünfte, durch Entlassung tausender Beschäftigter, durch kompensatorische Zinserhöhungen werden die Spekulationsverluste der großen Finanzakteure ausgeglichen.

Die „Verantwortlichen“ der zweiten Linie, die Vorstände und Topmanager der IKB, der SachsenLB usw. werden zwar teilweise entlassen oder treten zurück. Aber eine Strafe und vor allem eine zivilrechtliche Konsequenz haben sie nicht zu erwarten. Ihre ohnehin üppigen Pensionen bleiben ihnen erhalten. In der „Öffentlichkeit“ ist ihr Ruf zwar etwas beschädigt, aber nicht in ihrem Finanzmilieu; um ihren nächsten Arbeitsplatz brauchen sie sich keine Sorgen zu machen.

Hier herrscht keinerlei Unrechtsbewußtsein. „Wir müssen jetzt das Vertrauen wieder herstellen“, heißt es. Diejenigen, die es am bösesten erwischt hat, werden zur Zerfleischung freigegeben. „Wir erleben eine notwendige Korrektur. Danach wird es an den Börsen den nächsten Aufschwung geben“, heißt es im Finanzmilieu.

Die SachsenLB wird von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) aufgekauft, die schon lange auf diese Gelegenheit gewartet hat. Um die WestLB balgt sich die LBBW mit

US-Heuschrecken. Und der sogenannte Freistaat Sachsen mit seiner sogenannten christlich geführten Regierung übernimmt die Risiken, die noch in den Dubliner SIVs „Ormond Quay“ und „Sachsen Funding“ stecken mögen. Die Privatbank Sal. Oppenheim, schon bisher Miteigentümer der IKB, hat ihren Anteil inzwischen aufgestockt: welcher global spekulierende Finanzakteur, der ansonsten den Sozialstaat beschimpft, schlüpft nicht gern unter das staatliche Dach, wenn es um die eigenen Interessen geht?

Der Staat bzw. einige Staatsvertreter geben hier zusammen mit ihren Freunden der Finanzwelt mit leichter Hand Milliarden aus, die für soziale Zwecke angeblich nicht vorhanden sind. Außerbilanzielle Geschäfte sind weiter möglich und üblich. Und der Gesetzgeber forciert weiter die Instrumente und Aktivitäten, die zu weiteren „Blasen“ und denselben Folgen führen: Nach der Förderung von Cross Border Leasing, der steuerlichen Begünstigung von Private Equity Fonds („Heuschrecken“), der Zulassung der Hedgefonds und der Gesetzgebung für steuerbegünstigte Immobilienfonds (Real Estate Investment Trusts, REIT)⁹⁾ bereitet die deutsche Bundesregierung das Gesetz zur Vereinfachung von Public Private Partnership vor, nachdem der Bundestag mit großer Mehrheit 2005 bereits das PPP-Beschleunigungsgesetz beschlossen hat.¹⁰⁾ Es handelt sich also um keine „Virusinfektion“, sondern um die bewußten Aktivitäten von Personen mit Name und Adresse. Business Crime ist auch State Crime. Mehrheiten in Parlamenten und Regierende im Staat organisieren die Enteignung von Bürgern und Kommunen mit, sie retten Spekulanten und verhelfen ihnen zu neuem gutem Ruf.

Gleichzeitig stürzen sie die eigenen Bürger, auch ihre Wählerinnen und Wähler, in Armut. Und Arbeitslose in die allgemeine Verachtung. Selbst die bestehenden Gesetze werden nicht angewandt. So kann nach § 400 des Aktiengesetzes ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden, wenn es die Verhältnisse des Unternehmens „unrichtig wiedergibt oder verschleiert“.

Die außerbilanziellen SIV erfüllen diesen Tatbestand. Aber die Strafbestimmung ist noch nie angewandt worden und wird auch jetzt nicht angewandt.

Auch deshalb stehen wir vor dem Problem, dass es (noch) keine Gesetze gibt, um das kriminelle Verhalten der privaten und staatlichen Organisatoren der letzten und der nächsten „Blase“ zu ahnden oder vorbeugend zu verhindern. Das ändert aber nichts daran, daß es sich hier um kriminelles Verhalten handelt. Gemeinschaftseigentum wird veruntreut, gestohlen, zweckentfremdet. Und es handelt sich um eine besonders schwere Form der Kriminalität, nämlich der organisierten Kriminalität, die auch nach herrschender Auffassung durch nachhaltiges, professionelles und gemeinschaftliches Zusammenwirken mehrerer Personen und Institutionen und unter

Zuhilfenahme wirtschaftlicher und juristischer Strukturen geprägt ist und nicht nur Dritte, sondern den Staat und die Gemeinschaft als Ganzes erheblich schädigt.

Wir leben in einer Situation, in der wir weniger denn je uns auf das geschriebene, materielle Recht verlassen können. Und auch nicht auf die Objektivität der Gerichte.

Anmerkungen:

- 1) Ende der Sorglosigkeit, Der Spiegel 32/2007, S. 56 ff.
- 2) Die Dublin-Connection, Handelsblatt 4.9.2007
- 3) „For sale“ interessiert hier niemanden, die tageszeitung 25.8.2007
- 4) Chronik eines Flächenbrandes, Handelsblatt 28.8.2007, S. 10
- 5) Vgl. Werner Rügemer: Cross Border Leasing. Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Münster 2005, S. 47f.
- 6) Außerhalb der Bilanzen ticken Zeitbomben, Handelsblatt 6.9.2007
- 7) Sächsisches Desaster, Der Spiegel 35/2007, S. 60

8) Werner Rügemer: Forfaitierung mit Einredeverzicht. Die Hintergründe von Public Private Partnership, in: Freitag 6.9.2007

9) Vgl. Werner Rügemer: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen, Deutscher Bundestag, Finanzausschuss, Anhörung 28.2.2007

10) Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster 2006, S. 80 ff.



Der Autor:

Dr. Werner Rügemer, Vorsitzender von Business Crime Control, Publizist und Berater



Die Bankenkrise von 1931 war eng verbunden mit dem Zusammenbruch des damals zweitgrößten deutschen Geldinstituts Darmstädter und Nationalbank (Kürzel: Danat-Bank). Am 13.6.1931 standen viele Hunderte Kunden vor dem Berliner Postscheckamt, um ihr Ersparnis abzuheben. Die Finanzaufsicht BaFin erinnerte im Zusammenhang mit der Krise der Mittelstandsbank IKB mit ihren US-amerikanischen Immobiliengeschäften an die schwerste Bankenkrise von 1931, die, weil sie von der Wallstreet ausging, die antisemitischen Vorurteile der Nazis zu bestätigen schien und deren Aufstieg begünstigte. Zur Bankenkrise von 1931 gibt es eine interessante neuere ökonomische Studie. Siehe unter: www.awi.uni-heidelberg.de/with2/Discussion%20papers/papers_2003_2005/dp418.pdf - (Die Redaktion)